



Deckel drauf

Deckel drauf

WWF begrüßt Entscheidung des EU-Umweltausschusses zu Biosprit
Der EU-Umweltausschuss stellte heute in einer Vorentscheidung die Weichen zu einer nachhaltigeren Ausrichtung der europäischen Agrarkraftstoffpolitik. Der WWF begrüßt die Entscheidung zur Deckelung von landnutzungs-basierten Biokraftstoffen auf 5,5 Prozent des Anteils erneuerbarer Energien im Verkehrssektor. Auch die Ausgrenzung ab 2020 von Biokraftstoffen, die zur Bedrohung der Artenvielfalt beitragen und in Konflikt mit der Nahrungsmittelproduktion stehen, sei positiv zu bewerten, allerdings hatte der WWF eine Umsetzung bereits ab spätestens 2017 gefordert.
"Biosprit, so wie er heute hergestellt wird, muss an Europas Tankstellen ausgelistet werden. Ohne Biokraftstoffe wird der Verkehrssektor jedoch beim Klimaschutz seine Ziele verfehlen. Der Ausschuss hat durch die Deckelung des Einsatzes von landnutzungs-basierten Kraftstoffen den ersten grundsätzlichen Entschluss für mehr Nachhaltigkeit gefasst", sagt Jenny Walther-Thoß, Referentin Nachhaltige Biomasse beim WWF Deutschland.
Neben der Deckelung auf 5,5 Prozent setzt der aktuelle Vorschlag zudem Anreize für die Markteinführung fortschrittlicher Biokraftstoffe aus Abfällen, Algen und Bakterien. "Die EU sorgt jetzt hoffentlich dafür, dass besonders problematische Biokraftstoffe zugunsten innovativer Alternativen ausgebremst werden. Nur so schaffen wir die Klimaziele im Verkehr", sagt Johannes Erhard, Referent Mobilität beim WWF Deutschland. Nach dem Beschluss des Umweltausschusses werden Biokraftstoffe, deren Produktion mit unerwünschten Nebeneffekten für Nahrungsmittelsicherheit und die Umwelt verbunden sind, mit einem Malus belegt und ihre Anrechnung auf die Ziele der EU-Richtlinien erschwert.
Der Vorschlag des Umweltausschusses bietet laut WWF jedoch noch einige Schlupflöcher, die die Erreichung des Klimaziels im Verkehrsbereich von zehn Prozent erneuerbarer Energie gefährdeten. So reichte es zum Beispiel aus, wenn Mitgliedsstaaten das allgemeine EU-Klimaschutzziel von 20 Prozent erneuerbarer Energien erreichten, ohne ihre Auflagen im Verkehrsbereich erfüllen zu müssen. Außerdem würden fortschrittliche Biokraftstoffe, z.B. aus Abfällen und Algen, mehrfach bei der Zielerreichung angerechnet. Was als Förderung für innovative Kraftstoffe gedacht sei, führe aber de facto zu einer Verwässerung des zehn Prozent-Ziels. Nun liege es am Europaparlament, den vom Umweltausschuss vorgelegten Vorschlag hin zu nachhaltigeren Biokraftstoffen zu verteidigen und die Umsetzung in den betreffenden Richtlinien sicherzustellen.

WWF - World Wide Fund For Nature
Rebstocker Straße 55
60326 Frankfurt
Deutschland
Telefon: 069/791 44-0
Telefax: 069/61 72 21
Mail: info@wwf.de
URL: <http://www.WWF.de>

Pressekontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

WWF.de
info@wwf.de

Firmenkontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

WWF.de
info@wwf.de

Der World Wide Fund for Nature (WWF) ist eine der größten unabhängigen Naturschutzorganisationen der Welt und konzentriert seine Arbeit auf drei Großlebensräume: Meere & Küsten, Binnenland-Feuchtgebiete und Wälder. Er wurde 1961 (damals als World Wildlife Fund) in der Schweiz gegründet und verfügt über ein globales Netzwerk von 26 nationalen und fünf assoziierten Organisationen sowie 22 Programmbüros. Weltweit unterstützen ihn rund fünf Millionen Förderer. Der WWF handelt im Auftrag der Natur nach dem Prinzip Naturschutz für und mit Menschen. Die Umweltstiftung WWF Deutschland wurde 1963 als gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Stiftung gegründet. Naturschutz war damals für viele noch ein Fremdwort. Heute ist die Umweltstiftung mit 284.000 Förderern (Stand 2004) eine der größten privaten Non-Profit-Organisationen des Landes. Die meisten Projekte des WWF Deutschland ? seit 1963 waren es über 2.100 ? sind erfolgreich verlaufen. Im Jahr 2004 war der WWF Deutschland in 48 internationalen und 30 nationalen Naturschutzprojekten aktiv ? von der Bewahrung der Tropenwälder in Indonesien und Zentralafrika über den Schutz der mittleren Elbe bis zur politischen Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel. 19,3 Millionen Euro flossen 2004 in die Naturschutzarbeit.